

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	25
Einleitung	29
Erster Teil: Geltungsgrund gesellschaftsrechtlicher Geschäftsordnungen	39
A. Zum Grund gesellschaftsrechtlicher Geschäftsordnungen	39
I. Zur Natur gesellschaftsrechtlicher Geschäftsordnungen	40
1. Zur organischen Natur von Geschäftsordnungen im Körperschaftsrecht	41
a) Die vom Mitgliederwechsel unabhängige körperschaftliche Verfasstheit des Vereins	42
aa) Zum Begriff der Körperschaft	42
bb) Das Vereinsorgan als Teil der Körperschaft	44
(1) Die Mitgliederversammlung als Willensbildungsorgan des Vereins	48
(2) Vorstand	50
(3) (Fakultativer) Aufsichtsrat	50
(4) Weitere (freiwillige) Organe	51
b) Die Wahrnehmung der Organaufgaben durch Organwalter	52
2. Zur personalen Natur von Geschäftsordnungen im Personengesellschaftsrecht	54
a) Die unmittelbare Mitgliederselbstverwaltung als wesentliches Organisationsmerkmal	55
b) Möglichkeit einer organisch verfassten Organisation	58
aa) GbR	59
(1) Geschäftsführende Gesellschafter	60
(2) Gesellschaftergesamtheit bzw. Gesellschaferversammlung	61
(3) Aufsichtsrat	62

(4) Abgrenzung der organschaftlich verfassten GbR vom nicht rechtsfähigen Verein	63
bb) Personenhandelsgesellschaften	64
(1) OHG	65
(2) KG	66
(3) Abgrenzung zum nicht rechtsfähigen Verein	66
(4) Kaufmännisch eingerichteter Geschäftsbetrieb bei OHG und KG; betriebliches und kein organschaftliches Organisationsmerkmal	67
c) Weitere organschaftsähnliche Strukturen	67
d) Keine Organisationsunterschiede zwischen Innen- und Außengesellschaften	68
3. Zwischenergebnis	70
4. Zur systemischen Natur von Geschäftsordnungen im Gesellschaftsrecht	71
a) Zum Systembegriff und dessen Erstreckung auf gesellschaftsrechtliche Vereinigungen	72
b) Systembildung durch arbeitsteilige Strukturen im Recht der Vereinigungen	73
aa) Systembildungen bei den Vereinen	74
bb) Systembildungen bei den Personengesellschaften	75
5. Zwischenergebnis	77
II. Zum Regelungsgegenstand gesellschaftsrechtlicher Geschäftsordnungen	78
1. Zu Bedeutung von der Ordnung im Begriff der Geschäftsordnung	78
a) Zur Allgegenwärtigkeit des Ordnungsbegriffes	79
b) Unterschiedliche Ansätze zur Bestimmung der Ordnung als Form der Erkenntnis	82
aa) Die Ordnung als eine vom Erkennenden unabhängige objektive Größe	83
bb) Die Ordnung als eine vom Erkennenden abhängige subjektive Größe	86
cc) Zwischenergebnis	87

c) Die Regelmäßigkeit als gemeinsamer Inhalt jeglicher Ordnungsvorstellungen	88
aa) Die Ordnung als geregelter Widerpart zum regellosen Chaos?	88
bb) Die Ordnung als geregelter Widerpart zur regellosen Unordnung?	90
cc) Die menschliche Fähigkeit zum Erkennen von Regelmäßigkeiten	91
2. Zur Konkretisierung der Geschäftsordnung durch „Geschäft“	92
a) Zur Verwendung von „Geschäft“ im Privatrecht	92
b) Zum Zweck gesellschaftsrechtlicher Geschäftsordnungen	94
aa) Zum Zweck des Gesellschaftsrechts	95
bb) Der auf gesellschaftsrechtliche Selbstorganisations- und Selbstverwaltungsakte bezogene Zweck von Geschäftsordnungen	96
(1) Zur Grundordnung der Organe im Vereinsrecht	97
(i) Zur Mitgliederversammlung	97
α) Zusammensetzung der Mitgliederversammlung	97
β) „Geschäft“ der Mitgliederversammlung	98
γ) Gesetzlich vorgegebene Ordnung der Mitgliederversammlung	101
(ii) Zum Vorstand	102
α) Zusammensetzung des Vorstandes	103
β) „Geschäft“ des Vorstandes	103
γ) Gesetzliche Ordnung der Vorstandssitzung	104
(iii) Zum Aufsichtsrat	105
α) Zusammensetzung des Aufsichtsrats	105
β) „Geschäft“ des Aufsichtsrates	106
γ) Gesetzliche Ordnung der Aufsichtsratssitzung	106
(2) Zur Grundordnung der Personengesellschaft	107

3. Zwischenergebnis	109
III. Zwischenergebnis	109
B. Zur Geltung gesellschaftsrechtlicher Geschäftsordnungen	110
I. Auf der Vereinigungsfreiheit gründendes	
Selbstorganisationsrecht	111
1. Die Vereinigungsfreiheit als nach außen gerichtetes	
Abwehrrecht	112
a) Das Wechselspiel zwischen Vereinigungsfreiheit	
und staatlicher Bevormundung in der Geschichte	112
b) Das Wechselspiel zwischen Vereinigungsfreiheit	
und staatlicher Bevormundung unter der Ägide des	
Art. 9 Abs. 1 GG	117
aa) Zum menschenrechtlichen Gehalt der	
Vereinigungsfreiheit und deren Bedeutung für	
gesellschaftsrechtliche Vereinigungen	117
bb) Wechselspiel zwischen Satzungsfreiheit und	
Gesetzesstrenge bei den Vereinen	121
(1) Grundsatz der Satzungsfreiheit beim	
bürgerlich-rechtlichen Verein	121
(2) Gesetzesstrenge im Aktien- und	
Genossenschaftsrecht	122
(i) Aktienrechtliche Satzungsfreit	123
(ii) Genossenschaftsrechtliche	
Satzungsfreit	125
(iii) Spannungsverhältnis zwischen	
Satzungsfreit und Satzungsfreiheit	126
cc) Vertragsfreiheit im Personengesellschaftsrecht	127
2. Die Vereinigungsfreiheit als im Gesellschaftsinneren	
wirkende Organisationsfreiheit	128
a) Zur Organisationsfreiheit der	
Mitgliederversammlung beim Verein und den	
Gesellschaftern bei der Personengesellschaft	129
aa) Organisationsfreiheit über eigene	
Angelegenheiten	129

bb) Vorrangige Organisationsautonomie der Mitgliederversammlung beim Verein und den Gesellschaftern bei der Personengesellschaft	130
(1) Im Recht der Körperschaften	130
(i) Grundsatz der vorrangigen Organisationsautonomie	130
(ii) Keine Ausnahme vom Vorrang der Organisationsautonomie beim Vorstand einer AG oder eG aufgrund eingeräumter Leitungsmacht	132
α) Zur Leitungsmacht des Vorstandes einer AG	132
β) Zur Leitungsmacht des Vorstandes einer eG	134
(iii) Keine Ausnahme vom Vorrang der Organisationsautonomie beim Aufsichtsrat einer AG	136
(2) Im Recht der Personengesellschaften	140
(3) Zwischenergebnis	140
b) Abweichende Setzungskompetenz kraft gesetzlicher oder statutarischer Anordnung	142
aa) Im Recht der AG	142
(1) Vorstand	142
(2) Aufsichtsrat	146
bb) Im Recht der Genossenschaft	148
c) Abgrenzung der Organisationshoheit von der Geschäftsanweisung	150
aa) Grundsatz der Weisungsgebundenheit der Geschäftsführung	150
bb) Die Leitungsmacht des Vorstandes als Ausnahme von der Weisungsgebundenheit	152
3. Zwischenergebnis	153
II. Selbstorganisationsakte innerhalb gesellschaftsrechtlicher Vereinigungen	153
1. Zur Geltung von Geschäftsordnungen infolge vereinigungsrechtlicher Setzungsakte	154
a) Geschäftsordnungen als Satzungs- oder Gesellschaftsvertragsbestandteil	154

b) Geschäftsordnungen als Organisationsinnenrecht in Beschlussform	156
aa) Die Ordnung der Angelegenheiten der Vereinigung durch Beschluss	156
bb) Geschäftsordnungen als Verfahrensordnungsbeschlüsse	161
cc) Bindungswirkung des Beschlusses	163
2. Zur Geltung von Geschäftsordnungen als Ergebnis organinterner Selbstorganisationsprozesse	164
a) Praxisbeispiel für eine auf einen Selbstorganisationsprozess beruhende Geschäftsordnung	164
b) Vom individuellen Akt des Ordnens zu Selbstorganisationsprozessen innerhalb von gesellschaftsrechtlichen Vereinigungen	166
aa) Ordnens als erkenntnisssubjektiver Prozess	167
(1) Die versubjektivierte strukturstiftende Form des Ordnens	167
(2) Die subjektive Umwelt als Bezugspunkt des Ordnens	169
bb) Zum Zweck des Ordnens	170
cc) Ordnungsbildung innerhalb gesellschaftsrechtlicher Vereinigungen	174
(1) Selbstorganisation als Merkmal systemischer Ordnungsprozesse	174
(2) Geschäftsordnungen als Ergebnis autopoietischer Kommunikationsprozesse	181
(i) Der Begriff der Autopoiese	181
(ii) Kommunikation als Grundlage für Selbstorganisationsprozesse innerhalb von Vereinigungen	183
(3) Geschäftsordnungen als Ergebnis von selbstorganisatorischer Zweckerreichungskommunikation	186

c) Rechtliche Einordnung von auf Selbstorganisationsprozessen beruhenden Geschäftsordnungen	190
aa) Einordnung als Gesellschaftsvertrag?	191
(1) Argumente für eine Einordnung als Gesellschaftsvertrag	191
(2) Argumente gegen eine Einordnung als Gesellschaftsvertrag	195
bb) Einordnung als Observanz	200
(1) Zum Begriff der Observanz	200
(2) Voraussetzungen für die Einordnung als Observanz	202
(i) Stete Übung	202
(ii) Verbindliche Anerkennung durch dauerhafte Praxisanwendung	203
(iii) Institutionalisierung steter Übungen zu einer dauerhaften Geschäftsordnung	205
(3) Einhaltung moralischer Regeln als Voraussetzung für dauerhafte Geltung von Geschäftsordnungen	209
3. Zwischenergebnis	213
III. Zum Geltungsanspruch der Vereinigung auf Einhaltung gesellschaftsrechtlicher Geschäftsordnungen und dessen prozessuale Durchsetzung	214
1. Vereinungsrechtlicher Anspruch auf Einhaltung der Geschäftsordnung	215
a) Im Recht der Vereine	215
b) Im Recht der Personengesellschaften	216
2. Prozessuale Durchsetzungsmöglichkeit	217
a) Zur Rechtsinhaberschaft und prozessualer Parteifähigkeit	218
aa) Keine prozessuale Durchsetzungsmöglichkeit im Verhältnis zwischen Vereinigung und Organ	219
(1) Im Vereinsrecht	219
(2) Im Personengesellschaftsrecht	220
bb) Klagebefugnis der Vereinigung gegenüber dem einzelnen Organmitglied	220

cc) Klagebefugnis des einzelnen Organmitglieds	221
(1) Klagebefugnis bei persönlicher Betroffenheit des Organmitglieds	221
(2) Anspruch des einzelnen Organmitglieds auf Einhaltung der Geschäftsordnung durch die anderen Organmitglieder?	222
b) Anfechtbare oder nötige Geschäftsordnungsbeschlüsse	224
aa) Im Recht der AG	224
(1) Nötige Geschäftsordnungsbeschlüsse	224
(i) Beschlüsse der Hauptversammlung	225
(ii) Beschlüsse sonstiger Organe	226
(2) Anfechtbare Beschlüsse	227
(i) Beschluss der Hauptversammlung	228
(ii) Beschlüsse sonstiger Organe	229
a) Vom Vorstand selbst beschlossene Geschäftsordnung	229
b) Vom Aufsichtsrat beschlossene Geschäftsordnung	230
bb) Im Recht der übrigen Vereine	230
(1) Nötige Beschlüsse	231
(2) Anfechtbare Beschlüsse	231
(i) Beschlüsse der Mitgliederversammlung	231
a) Im Recht der Genossenschaft	231
b) Im Recht der GmbH	232
γ) Im Recht des bürgerlichrechtlichen Vereins	233
(ii) Beschlüsse sonstiger Organe	234
cc) Im Personengesellschaftsrecht	234
dd) Teil- oder Gesamtnichtigkeit von Geschäftsordnungen?	235
c) (Prozessuale) Geltendmachung von fehlerhaften Geschäftsordnungsbeschlüssen	236
aa) Nötige Geschäftsordnungsbeschlüsse	236
(1) Außergerichtliche Geltendmachung	237
(2) Prozessuale Geltendmachung	237
(i) Feststellungsklage und Feststellungsinteresse	237

(ii) Richtiger Klagegegner und Klageantrag	239
α) Im Vereinsrecht	239
β) Im Personengesellschaftsrecht	240
bb) Anfechtbare Beschlüsse	242
d) Exkurs: Feststellung der Unwirksamkeit der auf nichtigen oder anfechtbaren Geschäftsordnungen beruhenden Beschlüsse	243
3. Sachliche Gerichtszuständigkeit	244
a) Kein ausschließlicher Gerichtsstand bei auf Feststellung der Unwirksamkeit von Geschäftsordnungen gerichteten Klagen	244
b) Ausschließliche Gerichtszuständigkeit?	245
aa) Im Recht der AG	245
bb) Im Recht der eG	245
cc) Bei den übrigen Vereinigungen	246
c) Besondere Zuständigkeit der Kammer für Handelssachen	246
4. Zwischenergebnis	247
C. Ergebnis	248
Zweiter Teil: Geltungsgrenzen gesellschaftsrechtlicher Geschäftsordnungen	252
A. Allgemeine Grenzen gesellschaftsrechtlicher Geschäftsordnungen	252
I. Verbot der Sittenwidrigkeit	253
II. Gebot von Treu und Glauben	255
1. Regelungsgegenstand im Allgemeinen	256
2. Regelungsgegenstand in Bezug auf Geschäftsordnungen im Besonderen	258
a) Keine Inhaltskontrolle von Geschäftsordnungen	259
b) Allgemeiner Beurteilungsmaßstab	261
III. Nichtigkeit bei Verstoß gegen ein Verbotsgesetz	263
B. Inhalt und Grenzen der Geschäftsordnung des Mitgliederorgans	264
I. Anforderungen an den Erlass einer Geschäftsordnung	265
1. Im Vereinsrecht	265
a) Bei der AG	265

b) Bei den übrigen Vereinen	269
2. Bei den Personengesellschaften	269
II. Typische Regelungsgegenstände einer Geschäftsordnung für die Mitgliederversammlung	270
1. Einberufung der Mitgliederversammlung und Festlegung der Beschlussgegenstände	271
a) Im Vereinsrecht	271
aa) Zur Einberufung	271
(1) Keine Bestimmung des Einberufenden durch Geschäftsordnung möglich	271
(2) Einberufungsform und -frist	272
(i) Im Recht der AG	273
a) Einberufungsform	273
β) Einberufungsfrist	274
(ii) Im Recht der eG	275
a) Einberufungsform	275
β) Einberufungsfrist	276
(iii) Im Recht der GmbH	277
(iv) Beim bürgerlichrechtlichen Verein	278
bb) Zur Bestimmung der Beschlussgegenstände	280
b) Im Personengesellschaftsrecht	280
2. Bestimmungen zum organisatorischen Ablauf der Mitgliederversammlung	281
a) Feststellung der Zugangsberechtigung zur Mitgliederversammlung	282
aa) Im Vereinsrecht	282
(1) Im Recht der AG	282
(2) Im Recht der eG	283
(3) Im GmbH-Recht	283
(4) Im BGB-Vereinsrecht	284
bb) Im Personengesellschaftsrecht	284
b) Bestimmung eines Versammlungsleiters und dessen Kompetenzen	285
aa) Im Vereinsrecht	285
(1) Zur Bestimmung des Versammlungsleiters	286
(2) Zur Kompetenz des Versammlungsleiters	288
(i) Worterteilung	290
(ii) Beschränkung des Frage- und Rederechtes	290

(3) Abwahl des Versammlungsleiters	291
bb) Im Personengesellschaftsrecht	292
c) Teilnahme von Vorstands- und	293
Aufsichtsratsmitgliedern in Bild und Ton	293
aa) Im Vereinsrecht	293
(1) Im Recht der AG	293
(i) Grundsatz der Teilnahme von Vorstand	293
und Aufsichtsrat in Person	293
α) Vorstand	294
β) Aufsichtsrat	294
(ii) Möglichkeit der Teilnahme von	295
Aufsichtsratsmitgliedern mittels Bild-	295
und Tonübertragung	295
α) Satzung- oder Geschäftsordnung	295
β) Einzelfallerlaubnis?	296
(iii) Regelungsgegenstand einer	297
Geschäftsordnung	297
(2) Im übrigen Vereinsrecht	298
bb) Im Recht der Personengesellschaften	298
d) Übertragung der Hauptversammlung in Ton und	299
Bild	299
3. Feststellung der Beschlussfähigkeit	300
a) Im Vereinsrecht	302
aa) Beim bürgerlichrechtlichen Verein	302
bb) Bei der AG	303
cc) Bei der GmbH	304
dd) Bei der eG	305
b) Im Personengesellschaftsrecht	307
aa) Geschäftsführungsbeschlüsse der	307
Gesellschafterversammlung	307
(1) Bei der GbR	307
(2) Bei der OHG und KG	309
bb) Grundlagenbeschlüsse	309
4. Zur Form der Beschlussfassung	310
a) Abstimmung in der Mitgliederversammlung als	310
Präsenzveranstaltung	311
aa) Grundsatz der gesonderten Abstimmung	311
bb) Form der Abstimmung	312
b) Abstimmung außerhalb der Mitgliederversammlung	312

5. Möglichkeit einer virtuellen Mitgliederversammlung	313
a) Im Vereinsrecht	313
aa) Bei der AG	314
bb) Bei der eG	314
cc) Beim bürgerlichrechtlichen Verein	315
b) Im Personengesellschaftsrecht	316
6. Lückenfüllung in Analogie zum „parlamentarischen Brauch“	317
III. Keine Regelungsgegenstände einer Geschäftsordnung für die Mitgliederversammlung	319
IV. Zusammenfassende Darstellung und Musterbestimmung einer Geschäftsordnung für das Mitgliederorgan	320
C. Inhalt und Grenzen einer Geschäftsordnung für den Vorstand	323
I. Keine Pflicht zur Verwendung einer Geschäftsordnung	324
II. Regelungen zur Beschlussfassung	325
1. Im Vereinsrecht	325
a) Keine Mehrstimmrechte für einzelne Vorstandsmitglieder	326
b) Stimmquoren	327
aa) Bestimmung der „Mehrheit der abgegebenen Stimmen“	328
bb) Vorgabe von bestimmten Mehrheitserfordernissen	329
(1) Abweichende Satzungsregelungen	329
(2) Keine Regelungsmöglichkeit durch Geschäftsordnung	330
c) Keine Beschlusskompetenz bei Interessenkonflikten	331
d) Einberufung und Abhalten der Vorstandsversammlung	331
2. Im Personengesellschaftsrecht	332
III. Bestimmung eines Vorstandsvorsitzenden und/oder Vorstandssprechers	332
1. Im Vereinsrecht	332
a) Zur Begriffsklärung	333
aa) Vorstandssprecher	333
bb) Vorstandsvorsitzender	333
cc) Zusammenfallen beider Aufgabenbereiche auf eine Person	334

b)	Ernennung	334
c)	Im Recht der übrigen Vereine	335
aa)	Im Recht der AG	335
(1)	Vorstandsvorsitzender	336
(2)	Vorstandssprecher	336
bb)	Im Recht der Genossenschaft	339
cc)	Im Recht der GmbH	340
2.	Im Personengesellschaftsrecht	341
IV.	Geschäftsverteilung	342
V.	Zur Vertretung	344
1.	Im Vereinsrecht	344
a)	Keine Regelungsmöglichkeit mittels einer Geschäftsordnung in Bezug auf die Vertretung des Vereins gegenüber Dritten	344
b)	Regelungsmöglichkeit in Bezug auf die Vertretung eines Vorstandsmitgliedes durch ein anderes	345
2.	Im Personengesellschaftsrecht	346
VI.	Keine Regelungsgegenstände einer Geschäftsordnung für das Leitungsorgan	347
VII.	Zusammenfassende Darstellung und Musterbestimmung einer Geschäftsordnung für den Vorstand	349
D.	Inhalt und Grenzen einer Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat	352
I.	Keine Pflicht zum Beschluss einer Geschäftsordnung	353
II.	Regelung der Beschlussfähigkeit	353
1.	Im Vereinsrecht	354
a)	Im Recht der AG	354
b)	Im Recht der Genossenschaft	355
c)	Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes	356
2.	Im Personengesellschaftsrecht	356
III.	Beschlussfassungen	357
IV.	Bestimmung eines Aufsichtsratsvorsitzenden	358
1.	Im Vereinsrecht	358
a)	Aktiengesellschaft	358
aa)	Zur Wahl des Aufsichtsratsvorsitzenden und seines Stellvertreters	359
bb)	Regelungen der Amtszeit und der Anzahl der Stellvertreter	360

cc) Zu den Aufgaben des Aufsichtsratsvorsitzenden	360
(1) Aufgaben des Aufsichtsratsvorsitzenden	360
(2) Mögliche Bestimmungen in einer Geschäftsordnung	362
b) Eingetragene Genossenschaft	363
c) GmbH	365
2. Im Personengesellschaftsrecht	365
V. Bildung von (beschließenden) Aufsichtsratsausschüssen	365
1. Im Vereinsrecht	366
a) Aktiengesellschaft	366
b) Eingetragene Genossenschaft	368
c) GmbH	370
d) BGB-Verein	370
2. Im Personengesellschaftsrecht	371
VI. Keine Regelungsgegenstände einer Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat	371
VII. Zusammenfassende Darstellung und Musterbestimmung einer Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat	373
 Gesamtergebnis	377
 Literaturverzeichnis	383